Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse

des Gemeinderates

vom 29.06.2023

Sitzung: Öffentlich

Beginn: 19:02 Uhr

Ende: 21:01 Uhr

Zahl der Mitglieder des Gemeinderats: 26

Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich als Vorsitzender
Erster Bürgermeister Setzer

und 24 Gemeinderatsmitglieder

Anwesend:

StR Bauer (bis § 56)

StR Degler (bis § 56)

StR Dobler

StR Dyken

StR´in Eusebi

StR Franke

StR Gül

StR Härtner

StR Häußler

StR Hettich

StR Dr. Ketterer

StR´in Kirschbaum

StR´in Klinghoffer

StR´in Konrad

StR´in Kutteroff

StR Lachenmaier

StR´in Lohrmann

StR Malcher

StR´in Ribbeck

StR Rupp (bis § 55)

StR Dr. Schweizer

StR´in Sturm

StR´in Täpsi-Kleinpeter

StR´in Dr. Ulfert

Abwesend:

StR Demir

StR Scheib

Außerdem anwesend:

Verwaltungsdezernent Mäule

Soz.- und Kulturdez´in Wüllenweber

Herr Thomaier

Herr Zipf

Frau Blumer

Herr Ellrott

Herr Kleibner

Herr Großmann

Herr Gauger

Frau Leberherz

Herr Nathan

Frau Langer

Herr Steffen

Frau Groß

Zur Beurkundung

**Oberbürgermeister
Friedrich:**

Für den Gemeinderat:

Schriftführer:

Tagesordnung

- § 51 Bürgerfragestunde
- § 52 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Benzwasen, Kusterfeld", Neufestsetzung im Bereich "Flurstücksnummer 2419/8", Planbereich 07.03/19 in Backnang
- Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
- § 53 Wiedervermietungsprämie – Förderinstrument der Wohnraumoffensive Baden-Württemberg des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnung
- § 54 Übertragung finanzieller Mittel vom Städtischen Blasorchester Backnang an den neugegründeten Förderverein Städtisches Blasorchester Backnang e.V.
- § 55 Zweckverband Industrie- und Gewerbegebiet Lerchenäcker; hier: nächste Verbandsversammlung - Bekanntgabe des vorläufigen Jahresergebnisses 2022
- § 56 Sachstandsbericht zur aktuellen Situation auf dem Energiemarkt
- § 57 Bekanntgaben
- § 58 Anfragen

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 29. Juni 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 24 Stadträte; Normalzahl 26
--	--

§ 51

Bürgerfragestunde

Herr Keil aus Backnang teilt mit, dass die Nahversorgung in Steinbach in Gefahr sei. Das Geschäft Übele werde schließen und auch bei anderen Geschäften sehe es ähnlich aus. Er möchte wissen, wie es dort mit einer Umgehungsstraße aussehe. Außerdem schlägt er vor, dass Flüsterasphalt in diesem Bereich sinnvoll sei.

Frau Blumer erläutert, dass die dortige Baumaßnahme eine Versorgungsmaßnahme sei. Sie sei für die Infrastruktur notwendig und unverzichtbar. Die Mitarbeiter der Bauverwaltung, des Rechts- und Ordnungsamtes sowie die der Polizei haben verschiedene Maßnahmen geprüft. Umleitungen über die Feldwege seien keine Option. Es sei ebenfalls eine Lichtsignalanlage installiert worden, um für die Anwohner eine bessere Situation zu schaffen. Man werde alles ausschöpfen, um dies so schnell als möglich umzusetzen. Eine andere Streckenführung könne sie heute nicht in Aussicht stellen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es noch keine offizielle Bestätigung über die Schließung gebe. Aktuell sei lediglich von eingeschränkten Öffnungszeiten die Rede.

Herr Keil erläutert, dass es in der Bürgerschaft dort bereits Widerstand gebe. Ältere Personen im Ort benötigen den dortigen Bäcker.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man gerne einen Vor-Ort-Termin anberaumen könne.

Herr Bacher aus Backnang erkundigt sich, ob Protokolle und Sitzungen ebenfalls online eingestellt werden können. Herr Janocha teilte damals mit, dass man dies prüfen werde, jedoch sei mittlerweile bereits wieder einige Zeit vergangen. Außerdem erkundigt er sich, ob das Gebäude am Schillerplatz 3 wieder in Benutzung sei.

Verwaltungsdezernent Mäule berichtet, dass die Protokolle nach der Bearbeitung online gestellt werden. Dies geschehe aktuell bereits. Man könne gerne nochmals zeigen, wo er dies finde. Er antwortet weiter, dass das Gebäude am Schillerplatz nun für Geflüchtete

angemietet wurde.

Herr Kurz aus Backnang teilt mit, dass in der Backnanger Kreiszeitung ein Artikel zur Stadtbrücke erschienen sei. Er erkundigt sich nach einem Ansprechpartner für dieses Projekt. Dieser Steg sei aus Sicht der Verwaltung und des Gemeinderates alternativlos. Man müsse die Kosten tragen. Er erkundigt sich, ob es hierzu keine Obergrenze gebe. Außerdem möchte er wissen, ob man mit weiteren Kosten rechnen müsse, wenn dies noch länger dauern werde.

Erster Bürgermeister Setzer erläutert, dass der Artikel zu großen Irritationen geführt habe. Könne man nun nicht bauen, dann wäre die nächste mögliche Sperrpause erst im Jahre 2027. In diesem Jahr müsse man dann erneut einsteigen. Man gehe jedoch davon aus, dass es zu diesem Zeitpunkt nicht günstiger werde. Man wolle die Brücke barrierefrei fertigstellen. Dies stelle ein großes Bedürfnis für die Bürgerschaft dar. Anders als im Artikel dargestellt, habe man im Gemeinderat einen Baubeschluss über den Abbruch und den Neubau der Stahlbrücke gefasst. Dazu kommen nun weitere Kosten aufgrund äußerer Umstände. Eine Verdreifachung der Kosten bestehe nicht. Die Zahlen, welche im Artikel genannt wurden, seien so nicht korrekt. Ebenfalls der Kommentar sei nicht gelungen. Der Verwaltung sei es wichtig, deutlich zu machen, dass es zu keiner Verdreifachung der Kosten gekommen sei.

Stadtrat Härtner stellt Detailfragen zum Artikel.

Erster Bürgermeister Setzer erläutert, dass ebenfalls Gespräche zwischen der BKZ und einem Stadtrat stattgefunden haben und beantwortet so die Detailfragen von Stadtrat Härtner. Herrn Kurz teilt er mit, dass er der Ansprechpartner für das Projekt sei.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 29. Juni 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 22 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 52

Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Benzwasen, Kusterfeld", Neufestsetzung im Bereich "Flurstücksnummer 2419/8", Planbereich 07.03/19 in Backnang
- Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende teilt mit, dass hierzu bereits eine umfassende Vorberatung stattgefunden habe. Ebenfalls dem Wunsch einer Informationsveranstaltung sei man nachgekommen. Diese intensive Beratung habe gezeigt, dass man derartige Vorhaben seitens der Verwaltung und des Gemeinderates genau prüfe. Er erläutert, dass der Sachverhalt nochmals im Ausschuss für Technik und Umwelt am 15.6.2023 vorberaten wurde und man gerne auf einen erneuten Sachvortrag verzichten möchte. Er verweist auf die Sitzungsvorlage:

Begründung:

1. Anlass und Ziel der Planung

Anlass für die Neufestsetzung des Bebauungsplans „Benzwasen, Kusterfeld“, Planbereich 07.03/19 im Bereich des Grundstücks Flst. 2419/8 ist die städtebauliche Zielsetzung der Stadt, dem auf diesem Grundstück bestehenden Hospiz die Möglichkeit zu bieten, sich entsprechend der aktuellen gesellschaftlichen Anforderungen und des damit verbundenen Mehrbedarfs an Hospizplätzen zu entwickeln. Um dem daraus resultierenden größeren Raumbedarf gerecht zu werden, ist es notwendig die Festsetzungen an die aktuellen Planungsanforderungen anzupassen.

Insbesondere die früher bereits vorhandenen Überlegungen für ein vor- und tageshospizliches Angebot sind nun konkret geworden und benötigen ein weiteres Platzangebot. Das quantitative Wachstum bringt auch die Anforderung zur Weiterentwicklung des Personals mit sich, weshalb die Errichtung eines entsprechenden Schulungsraums für die Mitarbeiter notwendig ist. Der sich derzeit im Erdgeschoss befindliche Seminarraum wurde inzwischen umfunktioniert und kann somit nicht mehr als

Schulungsraum genutzt werden. Neue gesetzliche Regelungen müssen jedoch trotzdem an die Mitarbeiter vermittelt werden, was einen größeren Schulungsraum unabdingbar macht.

Aufgrund der sich abzeichnenden Herausforderungen zur Sicherung und Weiterentwicklung des Hospizangebots wurde gemeinsam mit dem Betreiber eine Standortanalyse und Variantenuntersuchung durchgeführt. Wegen der vorhandenen Synergien (medizinnahe Nutzungen, Quartiersmanagement), der Etablierung des Hospizes am Standort selbst, sowie der festgesetzten Art der Nutzung wurde die Anmietung oder Rochaden von Räumlichkeiten im Quartier sondiert. Diese Variante musste aber aufgrund der spezifischen Anforderungen an eine Hospiznutzung (Privatheit u. ä.) verworfen werden. Im Anschluss wurden Neubauplanvarianten an anderer Stelle in der Stadt geprüft. Neben der Nichtverfügbarkeit von Liegenschaften und geeigneten Standorten wäre ein Herauslösen des Hospizes aus dem Bonhoeffer-Areal eine städtebauliche Schwächung des etablierten Nutzungsgefüges des Sondergebiets Medizin/Gesundheit gewesen.

Das Ziel des Bebauungsplans ist es deshalb, dem Hospiz am jetzigen Standort eine sinnvolle Nutzungsperspektive zu eröffnen, um die Umsetzung der zukünftigen Anforderungen und Bedarfe sicherstellen zu können. In der Feinabstimmung mit dem Vorhabenträger wurde in der Höhenstaffelung und Ausbildung der zusätzlichen Geschossflächen dem Geländeverlauf, der gewachsenen Struktur und der Nachbarschaft Rechnung getragen.

2. Städtebauliches Konzept

Der rechtskräftige Bebauungsplan, „Benzwasen, Kusterfeld“, Planbereich 07.03/15 setzt für das Plangebiet derzeit ein Sondergebiet „Medizin/Gesundheit“ fest. Die Art der baulichen Nutzung sowie die grundsätzlichen Hauptfestsetzungen des bestehenden Bebauungsplans „Benzwasen, Kusterfeld“, Planbereich 07.03/15 bleiben bei der Bebauungsplanänderung unverändert.

Die wesentlichen Änderungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Änderung der Zahl der zulässigen Vollgeschosse von drei auf vier
- ein fünftes Geschoss wird als Staffelgeschoss ausgebildet
- Anpassung der maximalen Gebäudehöhe.

3. Bebauungsplanverfahren

Die Aufstellung des Bebauungsplans erfolgt im beschleunigten Verfahren nach § 13a

BauGB. Die Voraussetzungen für die Anwendung dieses Verfahrens liegen vor, nachdem es sich um eine Maßnahme der Innenentwicklung handelt und die geordnete städtebauliche Entwicklung des Stadtgebiets nicht beeinträchtigt wird.

In diesem Verfahren kann auf einen Umweltbericht und die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung verzichtet und unmittelbar nach der förmlichen Einleitung des Verfahrens die Auslegung durchgeführt werden. Dadurch wird der zeitliche Ablauf des Verfahrens verkürzt.

Durch die Neufestsetzung im Bereich des Grundstücks Flst. 2419/8 wird für diesen Bereich der rechtskräftige Bebauungsplan „Benzwasen, Kusterfeld“, Planbereich 07.03/15 aufgehoben.

Mit der Beschlussfassung über die Einleitung des Verfahrens ergeht gleichzeitig auch der Beschluss über die Auslegung der Planunterlagen. Während des Auslegungszeitraums besteht die Möglichkeit, sich über die Ziele und Zwecke der Planung zu informieren und Stellungnahmen vorzubringen.

Am 25.04.2023 fand eine öffentliche Informationsveranstaltung statt, in der über die geplante Aufstockung des Hospizgebäudes und die dafür notwendige Bebauungsplanänderung vorab umfassend informiert wurde. Infolgedessen haben sich keine Bedarfe für wesentliche Änderungen ergeben, weshalb den Gremien empfohlen wird, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

Stadtrat Dyken merkt an, dass die Nachbarn dann anschließend möglicherweise nachziehen möchten. Leider gibt es keine derartige Öffnungsklausel im Bebauungsplan. Er sei daher nicht sonderlich glücklich über die Durchführung.

Erster Bürgermeister Setzer erläutert, weshalb eine Öffnungsklausel nicht möglich sei. Die Gespräche mit den Nachbarn haben jedoch gezeigt, dass gerade eine derartige Öffnung nicht gewollt sei. Seien Grundzüge der Planung berührt, so entscheide man als Gemeinderat, ob man dieser zustimmen wolle.

Stadtrat Franke und Stadträtin Dr. Ulfert rücken aufgrund von Befangenheit ab.

beschließt

einstimmig bei 8 Enthaltungen entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Technik und Umwelt vom 15.6.2023:

Beschlussvorschlag:

1. Den Entwurf des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften „Benzwasen, Kusterfeld“, Neufestsetzung im Bereich „Flurstücksnummer 2419/8“, Planbereich 07.03/19 in Backnang nach Maßgabe des Lageplans mit Textteil des Stadtplanungsamts vom 23.02.2023 und der Begründung vom 23.02.2023 im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufzustellen und öffentlich auszulegen.
2. Von der vorgezogenen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB abzusehen.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 29. Juni 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 24 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 53

Wiedervermietungsprämie – Förderinstrument der Wohnraumoffensive Baden-Württemberg des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnung

Stadtrat Franke und Stadträtin Dr. Ulfert treten erneut ein.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Sachverhalt bereits im Verwaltungs- und Finanzausschuss am 25.5.2023 vorberaten wurde und man daher auf einen Sachvortrag verzichten möchte. Er verweist auf die Sitzungsvorlage:

Begründung:

Die Wiedervermietungsprämie ist ein Anreiz für Kommunen, aktiv zu werden gegen leerstehenden Wohnraum, um diesen Wohnraum wieder dem Wohnungsmarkt zuzuführen. Das Förderprogramm ist ein willkommenes Instrument, um die Wohnraumvermittlung und die erfolgreiche Anmietung von privaten Objekten zur dezentralen Unterbringung geflüchteter Personen zu stärken.

Durch die Prämie sollen Kommunen belohnt werden, die beratend oder vermittelnd im Bereich der Leerstandaktivierung tätig werden und bei der Bevölkerung das Bewusstsein für die Beseitigung von Wohnraum-Leerständen wecken. Diese Tätigkeit kann zum Beispiel ein Aufruf in der Tageszeitung oder auf der städtischen Homepage sein.

Die Prämie beträgt zwei Nettomonatskaltmieten – jedoch maximal 2.000 € je vermieteter Wohnung.

Die Gewährung der Prämie setzt voraus, dass

- der Wohnraum zum Zeitpunkt der Antragstellung nachweislich länger als sechs Monate leer steht,

und

- die Vermietung durch eine kommunale Aktivität im Bereich der Beratung oder Vermittlung erfolgt ist,

und

- das unbefristete oder für die Dauer von mindestens einem Jahr befristete Mietverhältnis zum Zeitpunkt der Antragstellung besteht,

und

- die vorherige Nutzung zu Wohnzwecken nachgewiesen wird

und

- der Mietvertrag bei Antragstellung der Kommune bei der Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH nicht älter als sechs Monate ist.

Ein Förderausschluss besteht,

- bei einer Wiedervermietung von gebundenem Wohnraum mit einer Belegungspflicht, insbesondere nach dem Landeswohnraumförderungsprogramm

oder

- wenn der Wohnraum zuvor nicht zu Wohnzwecken genutzt wurde (z.B. gewerbliche Nutzung)

oder

- bei der Unterteilung des Wohnraums in mehrere selbständige Wohneinheiten; hier ist eine Mehrfachprämierung ausgeschlossen.

Die Prämie unterliegt keiner Zweckbindung; deshalb ist eine teilweise Auszahlung der Prämie (nachdem die Stadt den Antrag bei der Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH gestellt und die Prämie erhalten hat) an den Vermieter möglich. Die Stadt Backnang behält für ihre Aktivitäten eine Pauschale in Höhe von 20 % der jeweiligen Fördersumme pro aktivierter Wohnung ein – maximal 400 € je aktivierter Wohnung - und leitet die Differenz an den Wohnraumeigentümer weiter.

Der Gemeinderat

beschließt

einstimmig entsprechend der Empfehlung des Verwaltungs- und Finanzausschusses vom 25.5.2023:

- Die Stadt Backnang nimmt am Förderprogramm „Wiedervermietungsprämie“ der Wohnraumoffensive des Landes Baden-Württemberg teil.
- Die Stadt Backnang leitet die Prämie anteilig an die Eigentümer weiter, die den leerstehenden Wohnraum wieder in die Wohnnutzung bringen.
- Für die städtischen Aufwendungen wird ein Anteil von 20 % der jeweiligen Fördersumme (maximal 400 Euro pro aktivierter Wohnung) von der Stadt einbehalten.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 29. Juni 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 24 Stadträte; Normalzahl 26
--	--

§ 54

Übertragung finanzieller Mittel vom Städtischen Blasorchester Backnang an den neugegründeten Förderverein Städtisches Blasorchester Backnang e.V.

Herr Ellrott stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage und einer Präsentation (siehe Anlage) vor:

Auf Grundlage des Konzeptpapiers „Status des Städtischen Blasorchesters“ vom 15.03.2005 wurde bis zum 31.12.2022 dem Städtischen Blasorchester Backnang ein städtischer Zuschuss für Ausbildung (12.424,39 Euro), Noten und Instrumente (3.221,14 Euro), Uniformen (4.090,34 Euro) sowie Dozententätigkeiten ausbezahlt.

Über die Mittelverwendung wurde jährlich Rechenschaft abgelegt, nicht verausgabte Mittel verblieben beim SBO und wurden vom Kassier angelegt. Durch Konzerteinnahmen, Spenden und Sponsoring wuchs das Vermögen mit den Jahren auf 118.364,61 Euro (Stand: 03.05.2023).

Zum 01.01.2023 erfolgte eine organisatorische und finanzielle Neuorganisation des Städtischen Blasorchesters Backnang. Es soll keine Zuschüsse mehr erhalten, sondern wird ab dem Haushaltsjahr 2023 als Städtisches Produkt im Haushalt geführt, das durch das Kultur- und Sportamt entsprechend des Haushaltsansatzes bewirtschaftet wird.

Am 21.02.2023 wurde der Förderverein Blasorchester Backnang e.V. gegründet, der am 30.03.2023 im Vereinsregister beim Amtsgericht Stuttgart eingetragen wurde.

Die Verwaltung schlägt vor, dass teilweise selbst erwirtschaftete Vermögen des Städtischen Blasorchesters Backnang entsprechend der Höhe nach dem Förderverein Blasorchester Backnang e.V. zu überführen.

Zur Verbuchung im städtischen Haushalt fällt hierfür eine überplanmäßige Aufwendung bei PSK 26200400-43180000 für Zuschüsse für laufende Zwecke an den Förderverein an. Deckung erfolgt über die Deckungsreserve (PSK 61200000-44980000).

beschließt

einstimmig entsprechend der Empfehlung des Verwaltungs- und Finanzausschusses vom 25.5.2023:

1. Das Gremium beschließt, das auf den Konten des Städtischen Blasorchesters Backnang noch vorhandene Geldvermögen von derzeit 118.364,61 Euro zum 01.07.2023 an den am 21.02.2023 gegründeten Förderverein Städtisches Blasorchester Backnang e.V. zu übertragen.
2. Den überplanmäßigen Aufwendungen bei PSK 26200400-43180000 in derselben Höhe wird zugestimmt. Deckung erfolgt über die Deckungsreserve.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 29. Juni 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 23 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 55

Zweckverband Industrie- und Gewerbegebiet Lerchenäcker; hier: nächste Verbandsversammlung - Bekanntgabe des vorläufigen Jahresergebnisses 2022

Stadtrat Rupp tritt ab.

Herr Zipf stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vor:

Der Zweckverband hat in seiner nächsten Verbandsversammlung über folgende Themen zu beraten und zu beschließen:

Bekanntgabe des vorläufigen Jahresergebnisses 2022 Vorlage 072/23/ZV –

Die Vorlagen enthalten die erforderlichen Begründungen.

Die Stimmen der Stadt Backnang können in der Verbandsversammlung nur einheitlich abgegeben werden. Der Gemeinderat hat daher seinen Vertretern in der Verbandsversammlung einen Abstimmungsauftrag zu erteilen.

Der Gemeinderat

beschließt

einstimmig:

Der Sitzungsvorlage Nr. 072/23/ZV der Geschäftsführung des Zweckverbandes wird zugestimmt. Die Vertreter in der Verbandsversammlung werden beauftragt, entsprechend abzustimmen.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 29. Juni 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 21 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 56

Sachstandsbericht zur aktuellen Situation auf dem Energiemarkt

Stadtrat Bauer tritt ab.

Herr Steffen stellt den Sachverhalt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) vor.

Stadtrat Degler tritt während der Ausführungen ab.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass man aus Russland kein Gas erhalten habe und aus den Speichern gelebt habe. Er bitte um eine Darlegung, wie sich die Stadtwerke künftig ausrichten möchten.

Stadtrat Malcher berichtet, dass Holland ein Gasfeld abstellen werde. Er möchte wissen, ob es hierfür ein Back-up für Deutschland gebe. Er möchte wissen, ob Herr Steffen ebenfalls hinter Windenergie stehe, auch wenn dies in Baden-Württemberg nicht viel Leistung bringe. Außerdem erkundigt er sich nach dem Ausbau der Leitungsnetze und ob dieses ausreichen werde.

Herr Steffen erläutert, dass man ab März 2022 stark angefangen habe, Gas einzuspeichern. Die Speicherungen bis August 2022 haben einen großen Anteil daran gehabt, die Speicher zu füllen. Er erläutert, dass der politische Wille vorhanden sei, um aus der Erdgasversorgung auszusteigen. Man müsse bewerten, wie man die vorhandenen Netze nun nachnutzen könne. Wasserstoff sei hier möglicherweise eine Option. Der Wärmebereich stelle ebenfalls ein großes Zukunftsfeld da. Das Thema Windenergie sei ein sensibles Thema. Man werde sich auch hier zeitnah an derartigen Windenergie-Projekten beteiligen. Das Stromnetz dürfe man nicht nur alleine für Backnang betrachten. Man müsse ebenfalls im Bereich Strom stark an die Speicherung gehen. Die Leitungsnetze im Strombereich seien aktuell noch gut aufgebaut, jedoch müsse man auch hier langfristig denken und weiter finanzieren. Man werde einen zunehmenden Stromverbrauch haben und müsse daher auch eine noch bessere Versorgungsleitung aufbauen. Für das Gasfeld in Groningen, welches Stadtrat Malcher

angesprochen habe, gebe es noch keine finalen Beschlüsse.

Stadtrat Dyken antwortet, dass es hierfür mittlerweile bereits einen Parlamentsbeschluss gebe. Er stellt weitere Detailfragen zur Präsentation.

Stadträtin Kutteroff möchte wissen, wie viel Nahwärmekapazität bereits vorhanden sei und wie man dies weiter aufbauen könne. Sie möchte wissen, wie die CO₂-Preise künftig ansteigen werden und ob es hierfür bereits nähere Zahlen gebe.

Herr Steffen beantwortet die Detailfragen von Stadtrat Dyken. Außerdem erläutert er, dass man sich große Gedanken zum Thema Nahwärme mache. Man werde nun an den Punkt kommen, dass man sich das komplette Stadtgebiet anschauen werde, um zu prüfen, wo die Umsetzung eines Nahwärmenetzes sinnvoll sei. Dies sei ein großes Zukunftsfeld. Bezüglich der CO₂-Preise erläutert er, dass diese bereits bis 2027 feststehen. Er erläutert die Preise.

Stadträtin Dr. Ulfert möchte wissen, ab wann es für Kunden mit einer Gasheizung schwierig werde, damit diese mit Gas bedient werden. Oft sei man zur Entscheidung zum Kauf einer Gasheizung gezwungen.

Stadtrat Dr. Ketterer erkundigt sich, ob es positiv sei, wenn man auf mehrere Gaslieferanten setze. Zum Strom möchte er wissen, ob die Dachständerweise weiterhin sinnvoll sei.

Herr Steffen erläutert, dass Personen, welche die Zusage für Gaslieferungen und Gasheizungen erhalten haben, auch künftig weiterhin mit Gas versorgt werden. Als Versorger habe man die Verpflichtung alle Abnehmer weiterhin zu versorgen. Zu den Wärmenetzen erläutert er, dass man als Unternehmer als erstes schauen müsse, wo es am sinnvollsten sei. Könne man große und verlässliche Kunden anschließen, so wäre dies eine sichere Quelle. Hinsichtlich des Stroms teilt er mit, dass bei einem Umbau die Hauseigentümer massive finanzielle Mittel zusteuern und am Haus Umbaumaßnahmen durchführen müssen. Als Versorger hätte man die Leitungen gerne im Boden.

Stadtrat Malcher erkundigt sich, durch welche Leitungen der Wasserstoff fließen solle. Dies sei nicht so einfach durchsetzbar.

Stadträtin Sturm erkundigt sich, ob sich die Stadtwerke bereits intensive Gedanken zum Thema Windenergie gemacht haben. Ebenfalls möchte sie wissen, ob Geothermie eine Option sei. Man müsse alle Möglichkeiten ausschöpfen. Die Bürger müssen Informationen erhalten, bis wann sie an ein Nahwärmenetz angeschlossen werden können. Ebenfalls benötigen die

Bürger eine Beratung.

Herr Steffen erläutert, dass der Stromverbrauch der Bürger derzeit kein Problem darstelle und man dies aktuell noch im Griff habe. Auch die Netzentwicklungsplanung für die kommenden 5 Jahren sei noch im grünen Bereich. Er erläutert, dass ein großer Teil der Leitungen Wasserstoff bereits transportieren könne. Stellenweise gebe es jedoch noch ein Sicherheitsproblem. Bei den Endkunden müssen dann die Brenner getauscht werden. Der Bereich Wasserstoff sei eher eine Option für Großkunden. Zum Thema Windenergie habe man sich bereits Gedanken gemacht, jedoch sei die Standortsuche nicht so einfach. Ebenfalls den Bereich Geothermie untersuche man aktuell. Man wolle nun ebenfalls eine Planung entwickeln, wann wo ein Nahwärmenetz erschlossen werden könne. Wie verbindlich dieser für die Zukunft angelegt werden könne, könne man derzeit noch nicht sagen. Man gehe davon aus, dass man eine Planung bis Ende 2025 schaffen könne. Man könne den Bürger über mögliche Optionen beraten.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 29. Juni 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 21 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 57

Bekanntgaben

Förderung Straßenmusiktage

Herr Ellrott berichtet, dass man erfolgreich den Förderantrag „Sofortprogramm Einzelhandel/ Innenstadt“ gestellt habe. Nun habe man eine Förderzusage über 10.600 € für die Straßenmusiktage erhalten.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 29. Juni 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 21 Stadträte; Normalzahl 26
--	--

§ 58

Anfragen

Stadtrat Malcher merkt an, dass in der Sulzbacher Straße häufig Raser vor Ort seien. Häufig handle es sich auch um lautere Fahrzeuge. Dies führe zu einer ziemlichen Lärmbelästigung. Man müsse die einzelne Autofahrer kontrolliere. Ihm sei bewusst, dass man dies nicht als Stadt übernehmen dürfe, jedoch müsse es auch andere Optionen geben. Die Verkehrspolizei müsse hier eingreifen. Außerdem erkundigt er sich hinsichtlich des Jugendworkshops, ob bereits Gespräche mit der Tesat und der Nutzung deren Parkplatzes stattgefunden haben.

Der Vorsitzende erläutert, dass Tesat bereits vorab einbezogen wurde. Nur mit den Eigentümern könne man das Projekt umsetzen. Man befinde sich in einem regelmäßigen Dialog.

Verwaltungsdezernent Mäule erläutert, dass man hinsichtlich der Sulzbacher Str. nochmals auf das Polizeirevier zugehen werde.

Stadtrat Dr. Schweizer erkundigt sich nach dem Stand der Kinderumfrage.

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber erläutert, dass die Eltern angeschrieben wurden. Man erhalte aktuell deren Rückmeldungen zurück. Sobald die Auswertungen stehen, werde man hierüber berichten. Sie erläutert, dass das Ergebnis in der ersten JSA-Sitzung nach der Sommerpause präsentiert werde.